

Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung der DKP Saarland am 26.03.22

Antrag an den 24. Parteitag der DKP

## Krieg in der Ukraine sofort beenden – Für ein System gemeinsamer Sicherheit in Europa

Die Deutsche Kommunistische Partei verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine und die Verletzung der staatlichen Souveränität der Ukraine.

Wir fordern von allen Kriegsparteien einen sofortigen Waffenstillstand und den Rückzug der russischen Truppen von ukrainischem Staatsgebiet. Das Selbstbestimmungsrecht und die Sicherheit der ostukrainischen Gebiete müssen auf der Grundlage des Minsk-II-Abkommens geregelt werden.

Stopp der NATO-Osterweiterung und Rückzug der verlegten Truppen der NATO aus Osteuropa

Wir verurteilen erneut die Präsenz ultranationalistischer und neofaschistischer Kräfte innerhalb des Kiewer Regimes und den von den Regierenden in Kiew mit Hilfe neofaschistischer Gruppen geführten Krieg gegen die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine.

Keine Waffenlieferungen an die Ukraine, die diesen Krieg nur verlängern, ausweiten und das Leid der Zivilbevölkerung vergrößern

Schluss mit der Sanktionspolitik, unter der in erster Linie die Bevölkerung Russlands leidet.

Schluss mit Kriegsrhetorik und der seit Jahren betriebenen Konfrontationspolitik der NATO.

Untersuchung und Verfolgung aller Kriegsverbrechen durch die UNO und Entschädigungszahlungen

Schluss mit den Großmanövern von NATO und Russland

Verhandlungen mit Russland auf der Grundlage eines klaren Bekenntnisses zu Entspannung und dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit. Bildung einer entmilitarisierten Zone, Neutralitätsstatus und gegenseitige Sicherheitsgarantien für Anrainerstaaten. Ziel ist ein globales System gemeinsamer Sicherheit.

Rücknahme der Aufrüstungsbeschlüsse der Bundesregierung (100 Milliarden EUR Sondervermögen, über 2% des BIP für die Rüstung) und deutliche Abrüstung der NATO/EU-Staaten

Investition der frei werdenden Gelder für Klimaschutz und soziale Infrastruktur

Aktives Eintreten für Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen

Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesrepublik

beschlossen mit 18 Zustimmungen und 1 Gegenstimme